

Bundesregierung untersagt Mitarbeitern BlackBerry-Nutzung

Donnerstag, 5. August 2010, 18:34 Uhr

Berlin (Reuters) - Auch die Bundesregierung hat sich aus Sicherheitsgründen gegen die Nutzung von BlackBerry-Geräten entschieden.

Das Bundesinnenministerium hat den anderen Ressorts bereits am 19. November 2009 in einem Reuters vorliegenden Schreiben empfohlen, auf die Nutzung sowohl von Blackberrys als auch iPhones zu verzichten. Hintergrund ist die zunehmende Zahl von Angriffen auf die elektronischen Informations- und Kommunikationsnetze. "Insbesondere mobile Geräte stellen dabei ein erhebliches Gefährdungspotential für IT-Infrastrukturen und Regierungsnetze dar", heißt es in dem noch von dem damaligen Staatssekretär Hans Bernhard Beus verfassten Schreiben.

Das Netz der Bundesverwaltung sei zwar eines der sichersten Regierungsnetze weltweit, schreibt er. Damit dies so bleibe, sollten die Ministerien aber unbedingt den Empfehlungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) folgen. Bei den sogenannten Smartphones (PDA), mit denen auch Daten verschickt werden können, werde vom BSI nur ein einziges Gerät empfohlen, nämlich das "Simko2" der Telekom- Großkundensparte T-Systems. "Andere PDAs wie beispielsweise BlackBerry oder iPhone erfüllen derzeit nicht die notwendigen Sicherheitsanforderungen und können nicht zum Einsatz kommen."

Damit geht die Bundesregierung weiter als etwa die EU-Kommission. Diese hatte am Mittwoch mitgeteilt, dass sie sich für ihre 32.000 Mitarbeiter zwar gegen die Nutzung von Blackberrys ausgesprochen habe, aber die Nutzung von iPhones der Firma Apple erlaubt. Das BSI bestätigte am Mittwoch, dass es weiter schwerwiegende Sicherheitsbedenken gegen den Sicherheitsstandard bei dem Apple-Produkt habe.

Wegen der starken Ressortunabhängigkeit in der Bundesregierung kann das Innenministerium anderen Ministerien nur Vorschläge, aber keine Vorschriften machen. Das Kanzleramt sowie das Außen- und Innenministerium bestätigten jedoch auf Nachfrage, dass sie ihren Mitarbeitern tatsächlich zumindest die Nutzung von Blackberrys untersagt haben. Um den Ministerien den Einsatz sicherer Smartphones schmackhaft zu machen, stattet das Innenministerium die anderen Ressorts mit 4000 Simko-Geräten aus.

Der Grund für die Sicherheitsempfehlung ist nicht nur die Sorge vor immer mehr Attacken mit politischem, kriminellen oder wirtschaftlichen Hintergrund. So werden in europäischen Regierungen immer wieder Bedenken geäußert, weil beim BlackBerry-Hersteller RIM alle Datenströme über Rechenzentren in Kanada und Großbritannien laufen und die dortigen Regierungen sowie die USA einen Zugriff auf die Daten haben.

Zudem werden im Verwaltungsalltag in Deutschland immer mehr Unterlagen auch mit Vertraulichkeitsstufen elektronisch verarbeitet. So können etwa Dokumente mit der untersten Geheimhaltungsstufe "Nur für den Dienstgebrauch" ohne größeren Aufwand per Email elektronisch verschickt und bearbeitet werden. Umso mehr achten die Sicherheitsexperten in den Behörden aber darauf, dass keine Unbefugten an die sensiblen Daten gelangen können. Nach der sogenannten Verschlussachen-Anweisung dürfen entsprechende Dokumente deshalb nur von sicheren, beim BSI zugelassenen Smartphones verschickt werden.

Die wachsende Sicherheitsanforderungen richten sich übrigens nicht nur an

die PDAs und die Datenübertragung. Auch im Bereich der Mobiltelefone warnt das BSI vor Sicherheitsrisiken in der Bundesverwaltung. So hat es nur die Zulassung für zwei Geräte erteilt, deren Einsatz es empfiehlt: Dies sind das Telefon Secuvoice der Firma Secusmart und TopSec Mobile des Unternehmens Rhode & Schwarz SIT.

Reuters 2010. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.